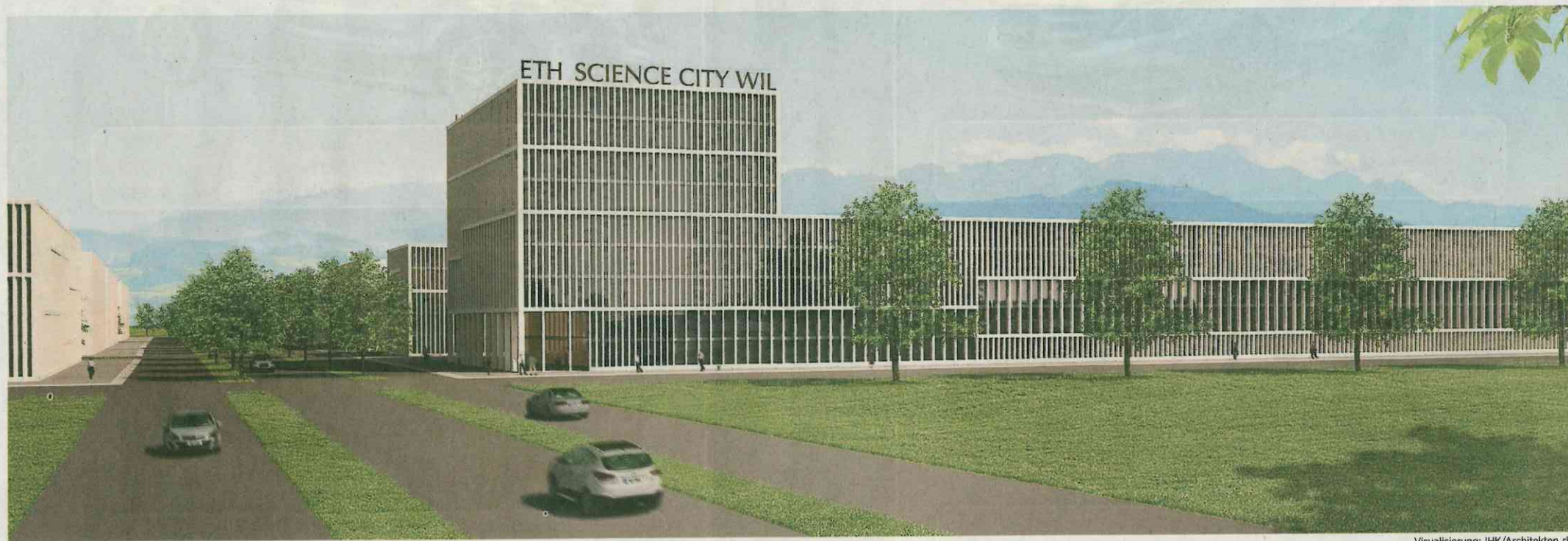


WZ 28.4.15



Visualisierung: IHK/Architekten rc

Der ETH-Campus Wil, wie er der Industrie- und Handelskammer vorschwebt: Industrie und Hochschule an einem Ort vereint. Fachleute sind kritisch, die regionale Politik ist wohlwollend.

# ETH: Fünf Fragen an den Stadtrat

Mittels einer Interpellation möchte der Wiler FDP-Stadtparlamentarier Mario Breu Klarheit schaffen, wie sich der Stadtrat zu einer allfälligen ETH Science City Wil stellt. Das von der IHK St. Gallen/Appenzell vorgeschlagene Projekt sieht den Bau eines ETH-Campus im Gebiet Wil West vor.

HANS SUTER

**WIL.** Die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) in Zürich leidet an Platzmangel. Das hat der Direktor der Industrie- und Handelskammer (IHK) St. Gallen/Appenzell, Kurt Weigelt, früh erkannt und vor rund einem halben Jahr die Idee einer ETH Wil lanciert. Im Februar dieses Jahres liess die ETH offiziell verlauten, dass sie nach einem neuen Standort für die Bereiche Maschinenbau und Verfahrenstechnik Ausschau halte. Als möglichen Standort wurde Dübendorf ins Spiel gebracht. Die IHK reagierte sogleich und unternahm einen erneuten Anlauf für eine ETH in Wil.

## «Meilenstein für Wil»

Der freisinnige Wiler Stadtparlamentarier Mario Breu möchte wie IHK-Direktor Kurt Weigelt, dass die Bereiche Ma-

schinenbau und Verfahrenstechnik nicht nach Dübendorf, sondern nach Wil verlegt werden. Deshalb lancierte er eine Interpellation, die von 31 weiteren Parlamentsmitgliedern unter-

## Hat der Stadtrat die Ressourcen, eine Lead-Funktion zu übernehmen?

Mario Breu  
Interpellant

zeichnet worden ist. «Die Projektunterlagen zeigen, dass das Vorhaben einen Meilenstein in der Entwicklung Wils und darüber hinaus bedeuten würde: 300 000 bis 500 000 Quadratmeter Nutzfläche, bis 3000 hochwertige Arbeitsplätze, Stärkung der regionalen Wirtschaft, positive Beeinflussung der täglichen Pendlerströ-

me», schreibt Breu im Einleitungstext.

## Bisher wenig Widerhall

Die Interpellation umfasst fünf Fragen an den Stadtrat. So fragt Breu, ob der Stadtrat grundsätzlich gewillt sei, sich für das Projekt «ETH Science City Wil» zu engagieren, und ob die Bereitschaft vorhanden sei, die Einflussmöglichkeiten hier Wohnhafter politischer Exponenten (Stände-, National- und Kantonsrat) zu nutzen. Weiter möchte Mario Breu wissen, ob es der Exekutive möglich sei, planerische Aufgaben wie Stadtplanung, Verkehrs- und Umweltplanung zu übernehmen oder verantwortungsvoll zu delegieren. Als vierten Punkt fragt Breu, ob der Stadtrat in der Lage sei, sich mit anderen politisch benachbarten Leistungsträgern abzustimmen. Als Beispiele nennt er den Kanton Thurgau, umliegende Gemeinden und die Regio Wil. Die letzte

Frage lautet: «Hat der Stadtrat die Ressourcen, eine Lead-Funktion zu übernehmen bzw. in einer entsprechenden Organisation die Interessen von Wil schon früh überzeugend geltend zu machen?» Dass Mario Breu diese Interpellation eingereicht hat, liegt wohl in seiner Sorge, dass dem Projekt zu wenig Beachtung geschenkt werden oder es unterschätzt werden könnte. Im Einleitungstext schreibt er: «Noch ist der Widerhall in den lokalen Medien gering geblieben,

obwohl schon Gespräche zwischen der IHK und der ETH-Direktion geplant bzw. im Gang sind.» Eine klare Stellungnahme hätten erst die Ingenieure und Architekten von Swiss Engineering Wil in einem befürwortenden Positionspapier abgegeben.

## Fachleute zweifeln

Der ehemalige Präsident der Rektorenkonferenz, Antonio Loprieno, sagte im Februar gegenüber dieser Zeitung: «Der grosse Vorteil von Dübendorf ist die

Nähe zum Innovationspark auf dem heutigen Fluplatz sowie zur Empa Dübendorf.» Da könne Wil trotz der Nähe zur Industrie nicht mithalten. Der ehemalige HSG-Rektor Rolf Dubs sieht das ähnlich. Zweifellos sei die Ostschweiz ein wichtiger Industriestandort. Doch dieser benötige wegen der vielen KMU eher Fachhochschul- als ETH-Absolventen. Er bezweifelt deshalb, dass die ETH Wil die ausgebildeten Leute in der Region halten könnte.



Bild: pd

Mario Breu  
Wiler Stadtparlamentarier (FDP)

## Interpellation Anfrage an Regierung

Die Interpellation ist eine förmliche parlamentarische Anfrage an die Regierung, in diesem Fall an den Stadtrat. Sie stellt ein parlamentarisches Kontrollmittel dar, mit dem jedem Parlamentsmitglied (Interpellant) das Recht (Interpellationsrecht)

ingeräumt wird, einen oder mehrere Stadträte aufzufordern, sich bezüglich einer politischen Handlung, einer bestimmten Situation sowie allgemeiner oder spezifischer Aspekte der Regierungspolitik zu rechtfertigen. (hs)